



HESSISCHER LANDTAG

22. 09. 2020

Plenum

Entschließungsantrag

Fraktion der AfD

Würdigung der Opfer der sozialistischen Diktatur: DDR als Unrechtsstaat einstufen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass in der DDR mehrere Merkmale einer Diktatur (fehlende Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Reisefreiheit, Wahlfreiheit) bis zum Tag der Maueröffnung dauerhaft herrschten.
2. Der Landtag betont, dass die DDR keine unabhängige Justiz hatte und Verfolgung, Zwangsarbeit, Folter und Mord von politisch Andersdenkenden Staatspolitik waren.
3. Der Landtag konstatiert, dass die DDR aufgrund der Punkte 1 und 2 als Unrechtsstaat einzustufen ist. (Zum Begriff „Unrechtsstaat“ s.a.: Rechtsstaat und Unrechtsstaat: Begriffsdefinition, Begriffsgenese, aktuelle politische Debatten und Umfragen. Ausarbeitung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages, WD 1 – 3000 – 022/18, Berlin 2018.)

Begründung:

Die unter 1 und 2 aufgeführten Punkte sind eindeutige Merkmale einer Diktatur. Zusätzlich kamen durch die Einrichtung des sogenannten Todesstreifens mit Minen, Hundelaufanlagen und Selbstschussautomaten sowie den durch die DDR-Regierung erteilten sogenannten Schießbefehl weit über 300 Deutsche ums Leben. Die Dunkelziffer liegt laut mehrerer Experten bei bis zu 1.500 Toten. Hinzu kommen zahlreiche Verletzte, die bei Fluchtversuchen durch o.g. Maßnahmen zu Schaden kamen und bis heute unter den physischen und psychischen Folgen zu leiden haben.

Mehr als 200.000 Deutsche wurden Opfer von politisch motivierten Gerichtsurteilen, welche zu Zwangsarbeit, Folter und teilweise jahrelanger Haft führten. Im Zuge dieser Gerichtsurteile kam es zu weit über 100 vollstreckten Todesurteilen an politisch Andersdenkenden.

Etwa 2,7 Mio. Deutsche verloren durch staatlich angeordnete Kollektivierungsmaßnahmen oder Flucht ihr Eigentum.

Bis zu 4,9 Mio. Menschen büßten durch Übersiedlung, Flucht oder verhinderte Rückkehr ihre Heimat ein.

Der staatlich angeordneten intensiven Bespitzelung und Verfolgung durch das Ministerium für Staatssicherheit und dessen ca. 98.000 hauptamtlichen Mitarbeitern fielen bis 1989 etwa 17,4 Mio. Deutsche zum Opfer.

Zahllose Menschen wurden in ihrer schulischen und beruflichen Entwicklung eingeschränkt, weil sie nicht den Normen der SED-Führung genügten.

Die Einstufung der DDR als Unrechtsstaat durch den Hessischen Landtag ist besonders im Hinblick auf das 30-jährige Bestehen der Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Oktober 2020 ein deutliches Zeichen der Würdigung und des Gedenkens der Opfer der letzten Diktatur auf deutschem Boden.

Wiesbaden, 21. September 2020

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Dr. Frank Grobe